

Brief aus Berlin

Antje Tillmann informiert

Härtefallliste für Hartz-IV-Empfänger vorgestellt

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes müssen die Hartz-IV-Regelsätze bis Ende des Jahres neu berechnet werden. Sofort wirksam wird die Entscheidung des Gerichtes, dass im Rahmen der Grundsicherung in seltenen, besonderen Härtefällen ein laufender Bedarf geltend gemacht werden kann. Der Leistungsanspruch greift ab sofort, wenn Hilfebedürftige einen "unabweisbaren, laufenden, nicht nur einmaligen, besonderen Bedarf haben."

Nach der nun vorgelegten Liste können etwa folgende Aufwendungen als außergewöhnliche, laufende Belastungen anerkannt werden:

- Im Ausnahmefall: Nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, zum Beispiel Hautpflegeprodukte bei Neurodermitis oder Hygieneartikel bei ausgebrochener HIV-Infektion,
- Putz- oder Haushaltshilfen für Rollstuhlfahrer, die gewisse Tätigkeiten im Haushalt nicht ohne fremde Hilfe erledigen können und keine Hilfe von anderen erhalten,
- Kosten zur Wahrnehmung des Umgangsrechtes mit den Kindern, das heißt regelmäßige Fahrt- oder Übernachtungskosten.
- Kosten für Nachhilfeunterricht in besonderen Einzelfällen. Voraussetzung hierfür ist, dass es einen besonderen Anlass gibt (z.B. langfristige Erkrankung, Todesfall in der Familie).



Honorare der Thüringer Kassenärzte steigen

Wie die Kassenärztliche Bundesvereinigung berichtet, konnten die niedergelassenen Ärzte in Thüringen ihre Einnahmen aus der Behandlung von Kassenpatienten im ersten Halbjahr 2009 um 12,8% steigern (Deutschland: 9,2%). Es gibt jedoch auch Mindereinnahmen bei Fachärzten: Orthopäden und Anästhesiologen hatten einen leichten Rückgang zu verzeichnen.

Noch umzusetzen ist vor allem die Anpassung der vertragszahnärztlichen Vergütung in den neuen Bundesländern. Dieses Vorhaben ist im christlich-liberalen Koalitionsvertrag fest verabredet worden.

Grundgesetzänderung bei Jobcenter-Neuordnung

Diese Woche haben die Verhandlungen zwischen der christlich-liberalen Koalition und der SPD zur Änderung des Grundgesetzes bei der Neuordnung der Jobcenter begonnen. Bis Ende des Jahres muss eine Einigung her, denn die geteilte Aufgabenwahrnehmung zwischen Bund und Kommunen in den ARGen hat das Bundesverfassungsgericht als unzulässige Mischverwaltung für verfassungswidrig erklärt.

Es liegt nun vor allem an der SPD zu zeigen, dass sie sich auch in der Opposition konstruktiven Verhandlungen nicht verschließt und keine unerfüllbaren Forderungen stellt. Unsere Vorstellungen sind klar: Wir wollen den Fortbestand der ARGen, die Möglichkeit für weitere Kommunen, sich für die Option zu entscheiden sowie eine einheitliche Bundesaufsicht über die Bundesmittel.

Staatsschulden größte Angst der Deutschen

Nach dem "Sorgenbarometer" des *stern* machen die immensen Schulden des Staates den Bundesbürgern derzeit die meiste Angst. 62 Prozent sagten, sie hätten davor große oder sogar sehr große Angst.

Umso wichtiger wird dadurch die Schuldenbremse, die wir im letzten Jahr eingeführt haben. Ab 2011 muss die Staatsverschuldung in gleichmäßigen Schritten abgesenkt werden. Ab 2016 darf der Bund dann nur noch in ganz geringem Umfang und in Notlagen neue Schulden aufnehmen.

Koalitionsspitze einigt sich bei Solarkürzung

Die Spitzen der Regierungskoalition haben sich in dieser Woche auf einen Kompromiss zur Förderung von Solaranlagen geeinigt. Die Einspeisevergütung für Dachanlagen wird zum 1. Juli um einmalig 16% und für Freiflächenanlagen um 15% gekürzt. Für neue Anlagen auf Ackerflächen entfällt ab Juli die Förderung. Anlagen auf Freiflächen, für die bereits am 1. Januar 2010 ein gültiger Bebauungsplan vorlag und die noch vor 2011 ans Netz gehen, behalten aus Bestandsschutzgründen nicht nur die bis 30. Juni geltende Förderhöhe, sondern bleiben auch auf Ackerflächen zulässig. Für Konversionsflächen beträgt die Kürzung 11%. Der Eigenverbrauch wird bei Anlagengrößen bis zu 0,8 MW bis Ende 2011 gegenüber der Stromeinspeisung mit zusätzlich 8ct pro kWh gefördert.

Bei der Entscheidung war Fingerspitzengefühl gefragt. Auf der einen Seite ist die Solarindustrie in Thüringen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Arbeitgeber. Auf der anderen Seite zahlen alle Verbraucher die Subventionen über die Stromrechnung mit. Deshalb hatten sich die Thüringer CDU-Bundestagsabgeordneten für einen Kompromiss stark gemacht. Nicht zuletzt dieser Einsatz machte eine Verschiebung der Förderungskürzung vom 1. April auf den 1. Juli möglich. Es ist nicht das, was wir erhofft hatten, jedoch hätte es auch noch schlimmer kommen können. Künftig muss darüber gesprochen werden, wie es durch gezielte Forschungsförderung möglich sein wird, die Technologieführerschaft hiesiger Unternehmen auf dem Weltmarkt zu erhalten.



Die Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war diese Woche zu Gast bei Angela Merkel im Bundeskanzleramt.

Bürgerreise Weimar nun auch in den Bundestag

Die Organisation für eine Gruppe in dieser Größenordnung war nicht einfach. Doch nun ist es Organisator Hartmut Eckhardt und mir gelungen, dass die diesjährige Bürgerreise der Stadt Weimar (nach Berlin, Neuhardenberg und Essen) um einen Programmpunkt reicher ist. Am Nachmittag des 29. Juli 2010 werden die Mitreisenden - 250 bis 400 Bürger - die Arbeit des Bundestages vor Ort kennenlernen und die Reichstagskuppel besichtigen können.

Sonderbriefmarke Jüdischer Hochzeitsring

Im Erfurter Rathaus wurde letzte Woche eine 90 Cent Sonderbriefmarke mit dem Jüdischen Hochzeitsring vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmut Koschyk, vorgestellt.

Ich habe mich sehr gefreut, dass Herr Staatssekretär Koschyk meine Einladung angenommen hat. Gemeinsam mit der CDU-Fraktion im Erfurter Stadtrat hatte ich die Anregung des Stadtführers Roland Büttner aufgegriffen, eine Sonderbriefmarke für Erfurt zu beantragen.

Bundestag auf Thüringen Ausstellung in Erfurt

Während der Thüringen Ausstellung vom 6. bis 14. März ist der Deutsche Bundestag mit einem Stand vertreten. Darüber hinaus veranstaltet der Petitionsausschuss am 12. und 13. März eine Bürgersprechstunde, bei der Besucher ganzjährig Gelegenheit haben, mit Mitgliedern des Petitionsausschusses zu sprechen, sich über deren Arbeit zu informieren und eine Petition einzureichen. Ich werde am 11. März zwischen 11.30 Uhr und 12.30 Uhr dort sein.

Interessierte Messebesucher können sich gerne telefonisch in meinem Büro anmelden (Telefonnummer siehe unten). Selbstverständlich ist auch jeder spontane Besucher herzlich willkommen.

Impressum

Antje Tillmann MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Email: antje.tillmann@bundestag.de
Tel.: 030 – 227 77019
Fax: 030 – 227 76497